

Stuttgarter Zeitung 13.3.02

Unterstützung für Tunnel

Umweltausschuss des Kreistags gibt ein politisches Signal

LUDWIGSBURG/REMSECK. Für die Hochberger Initiative Tunnel (HIT) gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Alle Kreistagsfraktionen anerkennen die Notwendigkeit des Projekts, aber niemand weiß, wann dafür Geld zur Verfügung steht.

Von Manfred Bornemann

Durch die teilweise nur 4,35 Meter breite Kreisstraße 1667, die den Ortsteil Hochberg zerschneidet, quälen sich täglich etwa 12 000 Autos. Schon 1990 haben Verkehrsexperten bestätigt, dass der Bau eines ungefähr 700 Meter langen Tunnels die einzige Möglichkeit ist, Hochberg von etwa 70 Prozent des Durchgangsverkehrs zu entlasten. Die Kosten dafür liegen bei 25 bis 30 Millionen Euro.

Seit 1997 bemühen sich die Gemeinde und das Straßenbauamt vergeblich darum, dass das Tunnelprojekt in die chronisch überlastete Förderliste des Landes aufgenommen wird. Seit Oktober 2000 gibt es die Hochberger Initiative Tunnel, die den Politikern Feuer macht. Mit ihrem Druck hat sie einen Teilerfolg errungen. Einstimmig haben alle im Kreistagsausschuss für Umwelt und Technik vertretenen Fraktionen die Notwendigkeit

des Tunnelbaus anerkannt. Der HIT-Vorsitzende Udo Behrendt ist zufrieden: „Das ist der Durchbruch für den Tunnel auf der politischen Ebene des Kreistags.“

Weiterhin wurde die Kreisverwaltung auf Vorschlag der CDU beauftragt, nach kostengünstigen Lösungen für den Tunnelbau zu suchen und die Auswirkungen der überörtlichen Straßenplanungen (Nordoststring Stuttgart) zu prüfen. Weiterhin soll die Verwaltung ergründen, in welchem Umfang sich die Gemeinde Remseck an den Baukosten und an der Unterhaltung des Tunnels beteiligen kann. Allein die laufenden Kosten werden auf jährlich 336 000 Mark geschätzt.

Es gibt niemanden, der Hoffnungen auf eine schnelle Realisierung des Projekts machen kann. Die Zuschüsse des Landes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sind auf Jahre ausgebucht. Ohne diese Fördermittel aber kann der Kreisetat für den Straßenbau das Tunnelprojekt nicht schultern. Die Kreisverwaltung hatte vorgeschlagen, im Jahre 2006 über die Aufnahme des Tunnelprojekts ins mittelfristige Kreisstraßenprogramm zu beraten. Sprecher der Grünen, der Freien Wähler, der FDP und der CDU setzten sich erfolgreich dafür ein, dass der Ausschuss schon Mitte 2003 das Thema wieder auf die Tagesordnung setzt.